

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 98/39
Telefax: 899 848 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel, SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender, würdigt die politische Arbeit Friedrich Halstenbergs: Er hielt auch in stürmischen Zeiten Kurs
Seite 1

Hermann Langbein, Sekretär des Internationalen Komitees der Lager-Überlebenden, erinnert an die Einlieferung der ersten Häftlinge in das Vernichtungslager Auschwitz
Seite 3

Dr. Karl-Heinz Klejdzinski MdB, verlangt von den NATO-Verteidigungsministern schnelle Entlastung der Bevölkerung von Tief-Flügen
Seite 5

Horst Peter MdB setzt sich für eine bessere Honorierung der Arbeit der Hebammen ein
Seite 6

45. Jahrgang / 110

12. Juni 1990

Er hielt auch in stürmischen Zeiten Kurs

Zum 70. Geburtstag von Professor Friedrich Halstenberg

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender

Fritz Halstenberg hat unserem Gemeinwesen und der deutschen Sozialdemokratie in vielen Funktionen gedient. Als Verbandsbediensteter und Ministerialbeamter, als Chef der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei und als Bundesrats- und Finanzminister dieses Landes und schließlich von 1978 bis 1984 als Schatzmeister der SPD. Zugleich hat er sich schon in den 50er und 60er Jahren als Raum- und Städteplaner und als Wissenschaftler auf beiden Gebieten einen Namen gemacht.

Den Administrator, den Landespolitiker und den Wissenschaftler werden aus Anlaß seines 70. Geburtstages andere würdigen. Meine Hochachtung gilt in diesem Zusammenhang dem Sozialdemokraten und vor allem dem Schatzmeister Fritz Halstenberg.

Zur Sozialdemokratie kam er vor einem Vierteljahrhundert, weil er im Godesberger Programm die Leitlinien für eine gerechte, dem Frieden verpflichtete Gesellschaftsordnung sah, die die Demokratie zum Lebensprinzip erhob. Und weil er Politik nicht als eine

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Produktion: Umwelt
aus 100% Recycling-Papier



wertfrei, nur mit Sachzwängen hantierende Veranstaltung, sondern stets als einen an Grundwerten gebundenen und am Gemeinwohl orientierten Gestaltungsauftrag verstand. Und diesem Auftrag ist er in all seinen Funktionen gerecht geworden. Als einer, der die Kunst der Verwaltung von Grund auf kannte und beherrschte. Der sie aber als Mittel zum Zweck und nicht zum Selbstzweck einstuft und handhabte.

Als Schatzmeister trat Fritz Halstenberg sein Amt in einer besonders sensiblen Phase an. Der Unternehmensbereich befand sich in großen Schwierigkeiten. Die Partei war hoch verschuldet. Und die Spendenproblematik überschattete das Finanzgebahren aller Parteien - auch der unseren. Fritz Halstenberg ließ sich nicht entmutigen. Er ordnete den Unternehmensbereich. Er reduzierte die Schulden auf ein normales Maß. Und er ließ sich durch Vorwürfe und Verdächtigungen keinen Augenblick anfechten.

Dabei kamen ihm die hervorstechenden Eigenschaften seines Wesens zugute: Seine Sachkunde und sein Fleiß, seine Beharrlichkeit und seine Loyalität und vor allem seine Unabhängigkeit, die ihn befähigte, auch in stürmischen Zeiten Kurs zu halten.

Dafür danke ich Fritz Halstenberg im Namen seiner Partei. Und ich danke ihm auch ganz persönlich für manche Ermutigung und für viele Zeichen freundschaftlicher Gesinnung. Auch in der Zukunft erwarten wir seine kritische Begleitung und seinen Rat.

(-/12.6.1990/st/ks)

* * *

Auschwitz nahm vor 50 Jahren seinen AnfangBleibende Mahnung

Von Hermann Langbein

Und wieder ein Jahrestag: Vor 50 Jahren - am 14. Juni 1940 - wurden die ersten Häftlinge in das neu errichtete Konzentrationslager Auschwitz eingeliefert: 728 Polen. Ihnen folgten in schneller Reihenfolge weitere polnische Gefangene. Im ersten Jahr waren es bereits über 17.000. Nur wenige Deutsche sind in dieser Zeit nach Auschwitz gebracht worden - sie wurden aus dem KZ Sachsenhausen nach Auschwitz überstellt, um dort die Funktionen in der von der SS bewußt geschaffenen Lagerhierarchie zu bekleiden. Es waren fast durchwegs solche, die wegen ihrer kriminellen Vorstrafen ins KZ eingewiesen worden waren und sich in einer solchen Funktion im Sinn der Lagerführung bereits bewährt hatten. Erst etwa nach einem Jahr wurde von der SS ein Transport Gefangener aus einem anderen Land nach Auschwitz geführt - vor allem aus der Tschechoslowakei.

Auschwitz war damals als Lager gedacht, in dem die polnische Intelligenz interniert werden sollte. Die Polen sollten auf ein kulturell möglichst niedriges Niveau herabgedrückt werden. Dazu diente auch die Isolierung ihrer Intelligenz. Wie in jedem Konzentrationslager war in Auschwitz die Aufbau-Epoche ebenfalls besonders schlimm. Überleben konnten am ehesten junge Polen. Überlebende des ersten Transportes kommen heuer am 14. Juni zusammen. Sie bildeten mit ihren Häftlingsnummern in Auschwitz später eine Art heimliche Aristokratie, ihre gemeinsamen Erlebnisse haben sie noch Jahrzehnte danach miteinander verbunden. Auch aus dem Ausland fahren sie zum Gedenken, zum Wiedersehen nach Auschwitz - einer hat seit langem eine Reise aus Kanada für diesen Tag geplant. Mit manchen habe ich in der letzten Zeit gesprochen, mit einigen korrespondiert; niemanden sollte es wundern, daß die Entwicklung in Deutschland Besorgnisse bei ihnen hervorruft: Weist doch das Wort von der „Wieder“-Vereinigung auf eine Vergangenheit hin, deren Folgen sie kennenlernen mußten.

Diese erste Periode von Auschwitz hat sich in das Bewußtsein der Polen so tief eingegraben wie für die Franzosen das Konzentrationslager Natzweiler, für die Luxemburger das Sonderlager Hintzert. Für alle Welt wurde Auschwitz zum Symbol, als nach der Niederschlagung des Nationalsozialismus schrecklich bekannt wurde, daß dieses Lager ab 1942 zum Zentrum der „Endlösung der Judenfrage“ ausgebaut worden war, daß vier überdimensionierte Krematorien mit eingebauten Gaskammern errichtet worden waren, um diejenigen Menschen in Massen sofort töten zu können, denen die im Nationalsozialismus vorherrschende Ideologie das Lebensrecht absprach - also die Juden und die

Zigeuner. Der Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höss, gab an, daß in den beiden größten Gaskammern bis zu 2.000 Menschen auf einmal mit dem Giftgas Zyklon B ermordet werden konnten, fügte allerdings hinzu, daß diese Zahl nur selten erreicht worden sei. Da in Auschwitz - im Gegensatz zu den vier Vernichtungslagern Treblinka, Sobibor, Belzec und Kulmhof - die dorthin deportierten Juden einer Selektion unterworfen wurden, bevor sie die SS zur einer der Gaskammern eskortierte, wuchs trotz der hohen Sterblichkeit das Lager zum weitaus größten KZ. Dann diejenigen, die bei der Selektion von der SS als arbeitsfähig taxiert wurden, kamen als Häftlinge ins Lager, um für die Rüstungsindustrie zur Arbeit gezwungen zu werden. Wer sich nicht zu einer solchen Arbeit zu eignen schien, wurde sofort ermordet, ohne in den Lagerstand aufgenommen zu werden. Die IG-Farben-Werke, Krupp, Siemens, die Union-Werke Werl und viele andere für die Rüstung arbeitende Unternehmen nützten die Arbeitskraft der Auschwitz-Häftlinge, bis sie vollends verbraucht war.

Der Ausbau von Auschwitz zum größten nationalsozialistischen Vernichtungslager änderte seinen Charakter: war es in der ersten Periode 1940/42 ein relativ kleines KZ, in dem fast ausschließlich Polen einer für Nachgeborene unvorstellbaren Brutalität der SS ausgesetzt waren, so wuchs Auschwitz nach 1942 nicht nur zum weit größten KZ; dadurch, daß aus den Deportationstransporten Juden, die arbeitsfähig zu sein schienen, ins Lager eingewiesen wurden, änderte sich auch die Zusammensetzung der Gefangenen. Im August 1944 mußten mehr als 64 Prozent der Auschwitzer Häftlinge einen Judenstern tragen. Der Prozentsatz der Polen war damals auf etwa 22 gesunken.

Mit dieser Skizze der Geschichte von Auschwitz ist auf ein Problem hingewiesen, das auch gegenwärtig noch aktuell ist: Für viele Polen ist es eine nationale Gedenkstätte. Für sie ist der 14. Juni 1940 ein Gedenktag. Für Juden und Zigeuner bedeuten Auschwitzs Gaskammern die schlimmste Zäsur in ihrer Geschichte. Für die Welt ist Auschwitz die eindringlichste Mahnung vor Herrenmenschentum und Rassenhaß. Es zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wohin extremste Inhumanität führen kann.

Für Deutsche, die die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft nicht erlebt haben - also für die überwiegende Mehrheit - sollte Auschwitz nicht in erster Linie persönliche Bedrückung, wohl aber eine stete Mahnung vor abfälligen Beurteilungen von Menschengruppen - ob es sich um Juden, Zigeuner oder andere handelt - sein. Auschwitz sollte ebenfalls nicht vergessen machen, was Polen von Deutschen hatten erleiden müssen. Am 14. Juni 1940 hat das begonnen. Kann der Jahrestag helfen, solche Gedanken zu stärken?

(-/12.6.1990/st/ks)

**Nun sind die Verteidigungsminister am Zug
Spürbare Entlastungen beim Tiefflug sind unumgänglich**

Von Dr. Karl-Heinz Klejdzinski MdB

Neue Hoffnung für von Tieffluglärm betroffene Bewohner der NATO-Staaten. Die Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) nahm jetzt einstimmig den von ihrem Verteidigungsausschuß vorgelegten Empfehlungsentwurf über die Zukunft des Tieffluges an und forderte den Ministerrat zum Handeln auf. Der in Paris verabschiedeten Beschlüßvorlage, die einschneidende Maßnahmen zur Entschärfung des ganz Europa betreffenden Problems des Tiefflugs vorsieht, sollten sich nun die zuständigen Ministerien der Mitgliedsländer sowie Dienststellen der NATO annehmen, damit aus den Vorschlägen der WEU geltende Normen werden, die zu einer spürbaren Entlastung betroffener Regionen führen.

Die Vorlage der SPD sieht unter anderem folgende Bestimmungen vor:

In Friedenszeiten beträgt die Mindesthöhe für Tiefflüge über bewohnten Gebieten 300 Meter.

Abfangübungen und Tiefflüge im Verband über dicht besiedelten Gebieten sind nicht gestattet.

Die Höchstgeschwindigkeit des Flugzeugs wird auf 420 Kts. begrenzt, um die Lärmemission zu reduzieren.

Tieftflüge (das heißt unter 75 Metern) sind nur über Übungsplätzen gestattet, die die notwendigen räumlichen Voraussetzungen bieten, und es sollte in Betracht gezogen werden, die Nutzung dieser Gelände in Friedenszeiten einzustellen und sie nur in Zeiten von Krisensituationen zu aktivieren.

Alle Tiefflüge nach 22.00 Uhr (auch in Übungsgeländen) und generell an Sonn- und Feiertagen sollten verboten werden.

Nachttiefflugstrecken bedürfen der Genehmigung der nationalen Dienststellen.

Nach Annahme meiner Vorschläge durch die Versammlung hoffe ich auf schnelle Reaktionen der Verteidigungsminister im westlichen Bündnis, damit für die Bevölkerung spürbare Entlastungen nicht mehr lange ausbleiben.

{-/12.6.1990/st/ks}

Die Hebammen leisten einen wichtigen Dienst

Zum Entwurf des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung für eine Erste Verordnung zur Änderung der Hebammenhilfe-Verordnung

Von Horst Peter (Kassel) MdB

Bundvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Die vom Bundessozialminister vorgelegte Änderung der Gebührenordnung für Hebammen ist in Struktur und Volumen unzureichend, teilweise eine ausgesprochene Luftnummer. Zu begrüßen ist jedoch, daß die Bundesregierung damit grundsätzlichen Handlungsbedarf anerkannt hat. Der Bundesrat ist nachdrücklich aufgefordert, bei seinen Beratungen der Hebammengebührenordnung den Entwurf entsprechend nachzubessern.

Festzustellen ist: Hebammen leisten einen wichtigen Dienst, der auch entsprechend zu honorieren ist. Hebammen arbeiten präventiv und sozial bedarfsgerecht, und bisher eben auch billig. Zwar sind in den letzten Jahren die Ausgaben für Hebammenhilfe gestiegen, gleichzeitig sind jedoch die Ausgaben für die Mutterschaftshilfe um fast eine Million DM gefallen. Die verkürzte Liegezeit in den Kliniken und die Zunahme der ambulanten Geburten konnte nur durch den vermehrten Einsatz der Hebammenbesuche zu Hause aufgefangen werden. Durch Früherkennung und Veranlassung rechtzeitiger Therapien konnten die Ausgaben dafür deutlich gesenkt werden. Der Beruf der Hebamme hat über die Begleitung des Geburtsvorganges erhebliche allgemein-gesundheitspolitische Bedeutung.

Die letzte Gebührenordnungsänderung trat 1986 in Kraft. Seitdem erfolgte keine Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Dem jetzigen Entwurf sind zweijährige erfolglose Verhandlungen zwischen Hebammenorganisation und Bundesregierung vorausgegangen. Deshalb ist der Unmut der Hebammen mehr als verständlich. Sie erhalten 230 DM brutto pro Geburt, keine Nacht- und Sonntagszuschläge, für einen Wochenbettbesuch, egal welche Dauer, 22 DM brutto. Ein vom Bundesminister in Auftrag gegebenes Gutachten rechnet mit einem Durchschnittsverdienst von circa 1.000 DM für diesen qualifizierten Frauenberuf. Viele Hebammen sind deshalb auf eine weitere Beschäftigung angewiesen. Ausgabenerhöhungen für Hebammenhilfe in den letzten Jahren ergeben sich überwiegend daher, daß mehr Hebammen in der Geburtsvorbereitung arbeiten, sich also die Ausgaben auf mehr Hebammen verteilen. Das Einkommen der einzelnen Hebamme hat sich nicht erhöht.

Die Hebammen waren in die Verhandlungen mit der Forderung nach zehnprozentiger linearer Erhöhung aller Gebührenpositionen gegangen. Zusätzliche strukturelle Forderungen waren die Anhebung der Gebühr für Wochenbettbesuche von 22 DM auf 44 DM, dies entspricht der Position der AOK, und die Einführung einer neuen Position für die telefonische Beratung im Wochenbett.

Die Änderungsverordnung sieht nur Gebührenanhebungen für die Schwangerenvorsorgeuntersuchung, die Einzelunterweisung als Geburtsvorbereitung, die Erstuntersuchung des Kindes und für den Hausbesuch sowie einen Zuschlag zur Geburtshilfe bei Nacht, an Samstagen ab 12.00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen vor. Dabei sind Vorsorgeuntersuchung und Einzelunterweisung selten von Hebammen erbrachte Leistungen - die Bundesregierung rechnet mit einem Mehrbedarf von 32.000 DM im Jahr -; die Einführung der geforderten Position Telefonische Beratung hat die Bundesregierung verweigert. Hier ist jetzt der Bundesrat gefordert.

(-/12.6.1990/st/ks)